

DIE 7. PARLAMENTSWAHLEN IN INDIEN (II):  
CHARISMA UND POPULISTISCHE POLITIK

Clemens Jürgenmeyer

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage nach den Ursachen für den Wahlsieg des Congress-I bei den 7. Lok-Sabha-Wahlen, die im Januar des Jahres 1980 stattgefunden haben. Die in Teil I (siehe Heft 1, S. 5-44) dargelegte Analyse der nationalen und regionalen Wahlergebnisse hat gezeigt, daß der gemeinhin als 'triumphal' bezeichnete Sieg des Congress-I lediglich auf einem Stimmenanteil von 42,7 % der gültigen Stimmen, bzw. 24,3 % aller Wahlberechtigten beruht. Die aus der Desintegration der Janata entsprungene Zersplitterung der Parteienlandschaft ermöglichte im Zusammenspiel mit dem bestehenden Mehrheitswahlsystem Indira Gandhis Partei, eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament zu erringen.

Vor dem Hintergrund dieser Tatsache bleibt nun noch die Frage zu klären, welche Faktoren dazu geführt haben, daß der Congress-I im Vergleich zu den Wahlen 1977 einen Zuwachs von 8,3 % der gültigen Stimmen verbuchen, bzw. 3,5 % mehr Wahlberechtigte für sich mobilisieren konnte. Eine Analyse des Wahlverhaltens der Minoritäten und der charismatischen Qualitäten Indira Gandhis soll darüber näheren Aufschluß geben.

## I. DIE MINORITÄTEN

Der Congress-I konnte mit dem erzielten Stimmenzuwachs, der zu einem entscheidenden Teil in den nördlichen Staaten Indiens zu verzeichnen war, wieder an seine Resultate aus dem Jahr 1971 anknüpfen<sup>1</sup>. Es liegt die Vermutung nahe, daß viele jener Wähler, die sich 1977 von Indira Gandhi und ihrem Congress ab- und der Janata zugewandt hatten, bei den letzten Parlamentswahlen wieder zum Congress-I zurückgekehrt sind. Zu dieser Wählergruppe gehören in erster

Linie die Scheduled Castes (SC) und Scheduled Tribes (ST) sowie die religiösen Minderheiten der Muslims, der Sikhs und der Christen, die alle zusammen 37,2 % der Bevölkerung ausmachen<sup>2</sup>. Wir haben gesehen, daß die Stimmenverschiebungen im Norden Indiens besonders hoch ausgefallen sind<sup>3</sup>. Da in dieser Region die Muslims und Scheduled Castes/Tribes überdurchschnittlich stark vertreten sind - allein in den beiden bevölkerungsreichsten Staaten Uttar Pradesh und Bihar bilden sie 37 % der Bevölkerung (s. Tab. I) -, läßt dies wiederum darauf schließen, daß diese Minoritäten einen zentralen Anteil am Sieg des Congress-I haben. Wegen der wahlentscheidenden Bedeutung der Minoritätenstimmen sind der Wahlkampf und die Parteiprogramme aller indischen Parteien darauf ausgerichtet, die Unterstützung dieser Gruppen zu erhalten. Daher auch die nimmermüden Bekenntnisse aller Politiker zu Säkularismus und Sozialismus.

**Tabelle I: Bevölkerungsanteile (in v. H. der Gesamtbevölkerung) der Minoritäten in nordindischen Bundesstaaten, 1977**

	Muslims	SC	ST	Gesamt
Uttar Pradesh	16	21	-	37
Bihar	14	14	9	37
Madhya Pradesh	4	13	20	37
Rajasthan	7	15	12	34
Haryana	4	19	-	23
Indien gesamt	11	15	7	33

Quelle: India, A Reference Annual 1979, S. 10; zit. nach: Rudolph/Rudolph 1980, S. 581

Allgemein anerkannt ist, daß der Congress vor den Wahlen im März 1977 über einen starken Rückhalt bei den Armen, zu denen vor allem die Scheduled Castes/Tribes und die Muslims zählen, verfügte.

Die repressiven Maßnahmen der Regierung während des Ausnahmezustandes trieben jedoch viele der Armen in die Opposition zum Congress, weil die rigorosen Sterilisationskampagnen und die mit brutaler Gewalt ausgeführten Wohnraumzerstörungen sie direkt in ihrer physischen Existenz bedrohten. Diese Kampagnen lösten vor allem bei den Muslims große Existenzängste aus und führten dazu, daß sich viele Mitglieder der Muslim Community vom Congress

abwandten<sup>4</sup>. Indira Gandhi mußte daher bei den im März 1977 von ihr eigenhändig angesetzten Parlamentswahlen große Stimmenverluste im Norden Indiens hinnehmen, die nur durch ihr relativ gutes Abschneiden im Süden teilweise aufgefangen werden konnten<sup>5</sup>. In diesen Staaten waren die Exzesse des Ausnahmezustandes nicht so spürbar geworden.

Bei den letzten Lok-Sabha-Wahlen im Januar 1980 scheint sich der Wind jedoch wieder gedreht zu haben. Ein Vergleich der Wahlergebnisse in den SC/ST-Wahlkreisen zeigt, daß der Congress bei den Harijans und Tribals seine ehemalige Position zurückgewinnen konnte. 66,4 % der Sitze gegenüber 14,3 % von Janata, Lok Dal und Congress-U zusammen zeigen seinen deutlichen Vorsprung. Vor drei Jahren hatte der Congress nur 25 % der Sitze erringen können, die Janata hingegen 56 % (s. Tab. II).

**Tabelle II: Wahlergebnisse in SC/ST-Wahlkreisen, 1971-1980: Anteil der reservierten Sitze der Parteien in der Lok Sabha**

	1971		1977		1980	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Sitze in der Lok Sabha insgesamt	115	100,0	116	100,0	119 <sup>a</sup>	100,0
Sitze Congress	76	66,1	29	25,0	79	66,4
Sitze Janata	13	11,3	65	56,0	17 <sup>b</sup>	14,3
Sitze CPI	3	2,6	2	1,7	1	0,8
Sitze CPI-M	7	6,1	9	7,8	8	6,7
Sitze anderer Parteien, Unabhängige	16	13,9	11	9,5	11	9,2

a) In 3 Wahlkreisen fand die Wahl nicht statt.

b) Janata 5, Lok Dal 10, Congress-U 2

Quellen: Weiner 1978, S. 83/85; Mirchandani 1980, S. 134-136

Diese Angaben sind jedoch, der Logik des Mehrheitswahlrechts entsprechend, nicht sehr aussagekräftig. Denn die großen Verschiebungen bei der Sitzverteilung spiegeln sich in weit geringerem Maß bei der prozentualen Verteilung der Stimmen wider: 43,3 % der gültigen Stimmen, das sind 16,89 Millionen Stimmen in 116 SC/ST-Wahlkreisen, fielen bei den letzten Parlamentswahlen an den Congress-I, aber nur 18,1 % an die Janata. Die Vergleichszahlen für 1977

lauten: Congress 33,7 % ( $\approx$  12,39 Mio), Janata 44,0 % aller gültigen Stimmen<sup>6</sup>. Der Stimmengewinn des Congress-I in diesen Wahlkreisen lag also mit 9,6 % über dem nationalen Durchschnitt (8,3 %). Diese Stimmenverschiebungen sind ein Indiz dafür, daß ein nicht geringer Anteil der neugewonnenen Stimmen des Congress-I von den Scheduled Castes/Tribes stammen müssen<sup>7</sup>. Dieser Trend läßt sich auch daran ablesen, daß die Janata unter ihrem Harijan-Führer Jagjivan Ram in den SC/ST-Wahlkreisen einen Verlust von 25,9 % hinnehmen mußte. Hinzuzufügen ist noch, daß die CPI-M ihren Stimmenanteil um 0,89 % von 6,05 % auf 6,94 % der Stimmen steigern konnte.

Wie haben nun die Parteien in den für die Scheduled Castes reservierten Wahlkreisen des Hindibelt abgeschnitten? In den insgesamt 43 Wahlkreisen waren der Congress-I 28, die Janata vier und die Lok Dal zehn Mal erfolgreich<sup>8</sup>. Das sind 65,1 %, 9,3 % bzw. 23,3 % aller Mandate. Somit erreichten Janata und Lok Dal mehr als das Doppelte ihres gesamtindischen Ergebnisses, das 13,7 % betrug<sup>9</sup>. Verständlich wird dieses Resultat, wenn man sich vor Augen führt, daß die Janata und Lok Dal alle ihre SC-Wahlkreise im Hindibelt eroberten. Die Unterstützung dieser beiden Parteien durch die Scheduled Castes scheint im Hindibelt nicht unbeträchtlich zu sein, wenngleich der Congress mit einem Anteil von 65 % der Mandate fast so stark wie in den anderen SC-Wahlkreisen des Landes vertreten ist.

Diese hochaggregierten Daten sollten jedoch nicht zu Fehlschlüssen verleiten. Nehmen wir als Beispiel den Bundesstaat Uttar Pradesh, wo der prozentuale Anteil der Scheduled Castes mit 21 % überproportional hoch ist (s. Tab. I), so ergibt sich, daß die Janata und Lok Dal zusammen 58 % der gültigen Stimmen in den SC-Wahlkreisen verbuchen konnten.

Damit liegen diese beiden Parteien mit 6,4 % über ihrem durchschnittlichen Stimmenanteil in diesem Bundesstaat und sogar 22 % über dem Resultat des Congress-I, das dieser in allen SC-Wahlkreisen von Uttar Pradesh erzielen konnte. Der prozentuale Stimmenanteil des Congress-I bewegt sich auf gleicher Höhe wie der Landesdurchschnitt (35,9 %)<sup>10</sup>.

In Bihar ist die Position des Congress-I deutlich besser. Hier erreichte er 48 % der Stimmen in den SC-Wahlkreisen und übertraf damit den Anteil von Janata und Lok Dal (44 %) um 4 %. Das Gesamtergebnis des Congress-I in Bihar fiel mit 36,4 % deutlich niedriger aus, während das von Janata und Lok Dal (40,2 %) nur um 3,8 % differierte<sup>11</sup>. Diese Stimmenverteilungen spiegeln die spezifische Situation in Bihar wider, wo die Harijans in Reaktion auf die Politik der Janata-Landesregierung stärker zum Congress-I übergingen.

In jenen Wahlkreisen, die für die Scheduled Tribes reserviert sind, ergibt sich ein leicht geändertes Bild. Die Tribals, die zu den ärmsten und am meisten benachteiligten Gruppen Indiens zählen, haben zu einem großen Teil für den Congress-I gestimmt, der 82 % aller ST-Sitze (27 von 33) erringen konnte.

Im Jahr 1971 konnte er 68 %, 1977 hingegen nur 29 % der Sitze verbuchen. Die Janata verbesserte sich damals von 16 % auf 61 %, mußte sich jedoch bei den letzten Wahlen mit lediglich 6 % ( $\hat{=}$  2 Mandate) begnügen<sup>12</sup>. In Madhya Pradesh, dem Staat mit der größten Stammesbevölkerung (20 % der Bevölkerung), gewann der Congress beispielsweise 8 von 9 Mandaten. Insgesamt erhielt er 55 % der Stimmen in den ST-Wahlkreisen<sup>13</sup>. Er übertraf damit sein gesamtindisches Ergebnis um mehr als 12 % und seinen Landesdurchschnitt um 8,5 %.

Einer näheren Betrachtung bedarf auch das Stimmenverhalten der Muslims. Entgegen der verbreiteten Meinung, die Muslims hätten bei den Wahlen 1980 en bloc für den Congress-I gestimmt, scheint es eher so zu sein, daß sie sich den verschiedenen regionalen Trends weitgehend angepaßt haben. So schreibt Mirchandani<sup>14</sup>: "In 64 constituencies where Muslims constitute between 20 and 50 % of the voters, the Congress-I polled 36,48 % of the votes ... The results from 125 constituencies where Muslim voters make up between 10 and 20 % of the voters showed even more clearly that Muslim voters were as much as subject to local pressures as other voters."

So wurden z. B. in Uttar Pradesh 24 Muslimwahlkreise gleichmäßig von Congress-I und Lok Dal geteilt, in West Bengalen erhielt die Left Front 18 von 21 Wahlkreisen und in Andhra Pradesh schließlich erhielt der Congress-I alle 5.

Insgesamt gesehen errang der Congress-I von allen 64 Muslim-Wahlkreisen 31 ( $\hat{=}$  48,4 %), die Lok Dal 12 ( $\hat{=}$  18,8 %) und die CPI-M 20 ( $\hat{=}$  31,3 %). Der Stimmenanteil des Congress-I in diesen 64 Wahlkreisen in Höhe von 36,5 % lag deutlich unter dem gemeinsamen von Janata, Lok Dal, Congress-U, CPI-M und ihren Verbündeten, die 57 % der Stimmen verbuchen konnten<sup>15</sup>. Mithin schnitt der Congress-I dort um 6,2 % schlechter als im gesamten Indien ab.

Eine leichte Korrektur erfährt dieses mäßige Ergebnis, wenn wir berücksichtigen, daß der Congress-I in jenen Bundesstaaten, in denen diese 64 Wahlkreise liegen, nur auf einen durchschnittlichen Stimmenanteil von 40,6 % verweisen kann. Die Differenz verringert sich damit auf 4,1 %. Trotzdem muß festgehalten werden, daß der Congress-I allem Anschein nach nicht in der Lage war, die Muslims in überwältigender Zahl für sich zu gewinnen. Es ist anzunehmen, daß der Congress-I in Uttar Pradesh einige Muslimstimmen an die Lok Dal verloren hat, da dort ein bedeutender Teil der Muslims kleine bis mittlere Bauern mit eigenem Land sind. Die starke Unterstützung der CPI-M in West-Bengalen wiederum läßt sich darauf zurückführen, daß dort die Muslims meistens arme, ungelernete Arbeiter sind, die nicht den Congress wählen.

Es sollte jedoch Vorsicht geboten sein, aus dem obigen Zahlenmaterial, das lediglich die Wahlergebnisse auf der Ebene der Wahlkreise aufbereitete, eindeutige Schlußfolgerungen ziehen zu wollen. So wäre z. B. die Feststellung, die Zeiten der besonderen Unterstützung des Congress durch die Scheduled

**Castes und Muslims seien vorbei, und daher die Vorherrschaft dieser Partei nicht mehr wesentlich von ihrem Wahlverhalten abhängig, ebenso unzulässig, weil unbewiesen, wie die Aussage, die Scheduled Tribes seien in Scharen zum Congress-I zurückgekehrt und hätten sogar in manchen Regionen (z. B. in Madhya Pradesh) en bloc für Indira Gandhis Partei gestimmt<sup>16</sup>. Denn in den SC-Wahlkreisen dürfen zwar nur Angehörige der Scheduled Castes kandidieren, aber alle wahlberechtigten Personen, die in diesen Wahlkreisen wohnen, entscheiden mit ihrer Stimmabgabe über die Wahl der SC-Kandidaten. Da also die Stimmenabgabe nicht ausschließlich durch die Scheduled Castes erfolgt, dürfen diese Resultate nicht als eindeutige Präferenz, sondern eher als Tendenzanzeige des Scheduled-Castes-Wahlverhaltens interpretiert werden. Dies umso mehr, als der Bevölkerungsanteil der Scheduled Castes in einem Wahlkreis selten über 30 % liegt.**

**Auch die Muslims überschreiten diese Marke nur gelegentlich. Die Scheduled Tribes hingegen bilden in der Regel die Hälfte oder mehr der Bevölkerung eines ST-Wahlkreises. Wahlergebnisse in diesen Wahlkreisen sagen daher mehr über das Wahlverhalten der Tribals aus als entsprechende Resultate über das der Scheduled Castes und Muslims.**

**Da differenzierteres Zahlenmaterial zu den SC/ST- und Muslim-Wahlkreisen nicht vorliegt, müssen wir an dieser Stelle auf sorgfältige und breit angelegte Meinungsumfragen zurückgreifen, die vom Indian Institute of Public Opinion durchgeführt wurden. Auf der Basis dieser Umfragen läßt sich allgemein sagen: "The broad pattern that emerges from the survey findings brings into sharp relief the fact that Congress-I received larger support from illiterates, bare literates, the poor, the Harijans and Muslims, then the other two contenders. The Janata Party, on the other hand, fared better among the higher educated and relatively better-off factions. No significant differentials are observed in the voting pattern of the Lok Dal."<sup>17</sup>**

**Diese Aussage stützt sich auf eine landesweite Umfrage unter 3 790 Personen, die im Dezember 1979 durchgeführt wurde. Es wurde die Frage gestellt: "Wenn morgen Wahlen stattfänden, welche Partei würden Sie für das Parlament wählen?" Dabei sprachen sich 50,4 % der Muslims (N = 375) und 51,6 % der Christen (N = 95) für den Congress-I aus. Für die Janata entschieden sich sowohl bei den Muslims als auch bei den Christen nur 5,3 % und für die Lok Dal gerade 4,5 % der Muslims. Die CPI-M wurde immerhin von 4,8 % der Muslims und 7,4 % der Christen favorisiert<sup>18</sup>. Es ist höchstwahrscheinlich, daß die Unterstützung für den Congress bei den Christen und Muslims noch höher lag, da 12,8 % der Muslims und 24,2 % der Christen noch "unentschieden" waren.**

**Es dürfte daher als sicher gelten, daß bei den diesjährigen Lok-Sabha-Wahlen die Muslims und Christen sich in hohem Maße für den Congress-I entschieden haben, während die Janata und Lok Dal weit weniger Unterstützung bei diesen Gruppen fanden.**

Ähnliches gilt auch für die Harijans. 52,1 % antworteten, sie würden für den Congress-I stimmen. Für die Janata entschieden sich 21,1 %, und nur 2,2 % für die Lok Dal. Die CPI-M wurde von 4,8 % der Harijans bevorzugt. Die Zahl der Unentschiedenen lag bei 11,3 %. Ein Vergleich mit den Umfrageergebnissen aus den Monaten August und November 1979 zeigt deutlich, daß der Congress-I in den Monaten vor der Wahl bei den Harijans entscheidend Stimmen sammeln konnte: er steigerte seinen Anteil von 35 % (August 1979) auf 48 % (November 1979). Die Janata hingegen konnte nur einen leichten Anstieg von 19 % auf 23 % verzeichnen (s. Tab. III). Es ist offensichtlich, daß die Weigerung des Präsidenten, Jagjivan Ram zum Premierminister zu ernennen, in nur geringfügigem Maß für die Janata positiv zu Buche schlug. Die größere Popularität des Congress-I im Vergleich zur Janata wird auch durch die Entscheidung der Befragten, wen sie als nächsten Premierminister wünschten, bestätigt. Von 600 Personen entschieden sich 221 für Indira Gandhi und 117 für Jagjivan Ram. Lediglich eine Person votierte für Charan Singh und sieben für A. Vajpayee<sup>19</sup>.

Tabelle III: Die Verteilung der Harijan-Stimmen auf die Parteien, August 1979 - Dezember 1979 (in %)

	August 1979 N = 409	November 1979 N = 600	30. 12. 1979 N = 680
Congress I	35	48	52,1
Janata	19	23	21,1
Lok Dal	3	1	2,2
Congress U	5	3	1,2
Regionale Parteien	15	6	5,1
CPI-M	7	6	4,8
Andere	4	1	2,2
Unentschieden	12	12	11,3
<b>Total</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100,0</b>

Quelle: MCOIEC, Annual Number 1979, S. 45

Es ist noch zu ergänzen, daß auch die Sikhs, die über 60 % der Bevölkerung im Punjab ausmachen, mehrheitlich für den Congress-I gestimmt haben. Indira Gandhis Partei erhielt in diesem Bundesstaat 52,5 % der Stimmen, die Janata und Lok Dal zusammen aber nur 12,2 %.

Aufgrund dieser Überlegungen dürfen wir unsere Vermutung, die Minoritäten hätten einen zentralen Anteil am Sieg des Congress-I, als bestätigt ansehen. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Congress-I nach der verlorenen Wahl 1977 seine traditionellen Wählergruppen zurückgewinnen konnte, indem er ca. die Hälfte aller gültigen Stimmen der Muslims, Christen, Sikhs sowie der Harijans auf sich zu vereinigen in der Lage war. Zusammengenommen stellen diese Gruppen 30 % der Wahlberechtigten. Zählen wir noch die Tribals hinzu, so erhöht sich der Anteil auf 37%. Dies ist eine große Hürde, an der die oppositionellen Parteien gescheitert sind.

Abschließend sollen noch einige quantitative Überlegungen nachgereicht werden, um die vorgetragene Argumentation noch mehr abzustützen. Die Muslims, Christen, Sikhs und die Scheduled Castes/Tribes stellen 11,2 %, 2,6 %, 1,9 % bzw. 21,5 % der indischen Gesamtbevölkerung dar, die Anfang 1980 ca. 647 Mio. Menschen betrug<sup>20</sup>. In Indien lebten also z. Zt. der 7. Lok-Sabha-Wahlen 72,5 Mio. Muslims, 29,1 Mio. Sikhs und Christen sowie 139,1 Mio. Harijans und Stammesangehörige (insgesamt 240,7 Mio.). Legen wir - bei konservativer Schätzung - die nationalen Durchschnittswerte (56 % Wahlberechtigte, 57 % Wahlbeteiligung, 2,5 % ungültige Stimmen, 42,7 % der Stimmen für Congress-I) zugrunde, so erhalten wir folgende Angaben: 134,8 Mio. Wahlberechtigte, 76,8 Mio. Wähler, 74,9 Mio. gültige Stimmen und 32,0 Mio. Wähler, die für den Congress-I gestimmt haben. Im Vergleich dazu gaben 1977 nur ca. 30 % der damals 70,2 Mio. großen Wählergruppe der Minoritäten (≙ 21,1 Mio. Stimmen) dem Congress ihre Stimmen<sup>21</sup>. Da der absolute Stimmengewinn bei den letzten Lok-Sabha-Wahlen 19,2 Mio. Stimmen betrug, ergibt sich, daß über die Hälfte der 1980 neu hinzugewonnenen Stimmen des Congress-I von den Minoritäten stammen müssen. Mit anderen Worten: Die Minoritäten haben Indira Gandhi und ihrer Partei zum Sieg verholfen.

Wie aber läßt es sich erklären, daß gerade die Armen und Unterdrückten, zu denen die Tribals, Harijans und Muslims gehören, dieses Mal wieder für den Congress-I und Indira Gandhi gestimmt haben, obwohl sich deren Lebenssituation in den vielen Jahren der Congress-Herrschaft oft verschlechtert oder nur marginal verbessert hat? Sie waren es doch, die unter den Exzessen des Ausnahmezustands am meisten zu leiden hatten. Daß sowohl die städtische als auch die ländliche Elite, einschließlich der Industriellen, für den Congress gestimmt haben, erscheint plausibel, da sie größtenteils die Früchte der Entwicklung in den vergangenen drei Jahrzehnten ernten konnten.

Ebenso dürften Teile der städtischen Mittelschichten zu Indira Gandhis Congress zurückgekehrt sein, oft auch nur deshalb, weil man auf jeden Fall eine Neuauflage der Janata-Regierung verhindern wollte und den Congress als das 'kleinere Übel' wählte. Und schließlich mußten sich etliche der Armen und Abhängigen dem Druck der dörflichen Machthaber beugen und dem Congress-I ihre Stimmen geben.



Dennoch ist die breite Unterstützung Indira Gandhis durch dörfliche Abhängigkeiten allein nicht hinreichend erklärt. Die Armen können sehr wohl zwischen den Kandidaten und Parteien differenzieren und wissen die Möglichkeit der geheimen Stimmabgabe zu nutzen<sup>22</sup>.

Sehen die Armen also doch – so ließe sich fragen – in Indira Gandhi und ihrer Partei einen Anwalt ihrer Wünsche und Forderungen, der eine Wendung zum Besseren herbeiführen kann?

An dieser Stelle erscheint es angebracht, auf den Weberschen Typus des charismatischen Führers zurückzugreifen. Er soll als Ausgangspunkt einer weiterführenden Analyse dienen, die den Inhalt der folgenden Ausführungen bildet.

## II. CHARISMA UND POPULISMUS

### 1. Der Weber'sche Typus der charismatischen Herrschaft

Charismatische Herrschaft ist nach Weber strikt personengebunden, eben an die Person des charismatischen Führers. Die Gründe ihrer Legitimität liegen in der affektuellen Hingabe der Beherrschten "an die Person des Herrn und ihre Gnadengaben (Charisma), insbesondere: magische Fähigkeiten, Offenbarungen oder Heldentum, Macht des Geistes und der Rede. Das ewig Neue, Außerweltliche, Niedergewesene und die emotionale Hingegenommenheit dadurch sind hier Quellen persönlicher Hingabe."<sup>23</sup> Der charismatische Führer tritt in Zeiten allgemeiner Krisen auf, "er ist der 'natürliche' Leiter in psychischer, physischer, ökonomischer, ethischer, religiöser, politischer Not."<sup>24</sup>

Dem charismatischen Führer wird allein wegen seiner – von den Beherrschten ihm zugeschriebenen – persönlichen, außeralltäglichen Qualitäten Gehorsam geleistet, der nur so lange währt, wie der Charismatiker seine Qualitäten unter Beweis stellt. Bleibt diese "Bewährung" aus, so bricht die charismatische Autorität zusammen. Daher gilt: "Der Bestand der charismatischen Autorität ist ihrem Wesen entsprechend spezifisch labil: Der Träger kann das Charisma einbüßen."<sup>25</sup> Die charismatische Autorität leitet sich nicht aus der Anerkennung der außeralltäglichen Qualitäten des Charismatikers durch die Beherrschten ab, "sondern umgekehrt: Glaube und Anerkennung gelten als Pflicht, deren Erfüllung der charismatisch Legitimierte für sich fordert, deren Verletzung er ahndet."<sup>26</sup> Der charismatische Politiker ist stets ein Führer, die Beherrschten seine Jünger, seine Gefolgschaft. Der Verwaltungsstab ist daher nach Charisma und persönlicher Hingabe ausgesucht und nicht nach Kriterien der fachlichen Qualifikation. Das Ausmaß der Legitimität

des Verwaltungshandelns bestimmt sich allein aus der charismatischen Qualifikation des Führers. Die Verwaltung ist somit weder an gesatzten noch traditionellen Regeln orientiert bzw. an diese gebunden, sondern sie ist charakterisiert durch "aktuelle Offenbarung oder aktuelle Schöpfung, Tat und Beispiel, Entscheidung von Fall zu Fall, jedenfalls also - am Maßstab gesatzter Ordnungen gemessen - irrational."<sup>27</sup>

Da die charismatische Herrschaft eine spezifisch außeralltägliche und rein persönliche Beziehung ist, wohnt ihr stets eine Tendenz zur Veralltäglic-  
chung inne, besonders dann, wenn sich das Problem der Nachfolge stellt. Sie manifestiert sich in der Traditionalisierung der Ordnungen, durch die Überleitung des charismatischen Verwaltungsstabes in einen legalen oder ständischen Stab mittels angeeigneter Herrschaftsrechte und durch Umbildung des Sinnes des Charisma selbst, die - je nach Situation - verschiedenartig ausfallen kann. Eine Möglichkeit, das zentrale Problem der Nachfolge zu lösen, besteht in der Bezeichnung des charismatisch Qualifizierten durch den Charismaträger selbst. Dies ist eine sehr häufige Form der Nachfolgerdesigna-  
tion.

## 2. Indira Gandhi

Die von Max Weber in idealtypischer Weise<sup>28</sup> herausgearbeiteten Kennzeichen der charismatischen Herrschaft treten auch in Indien zutage. Die Politik Indira Gandhis trägt unverkennbar Züge des Charismatischen. Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, daß allein Indira Gandhi eine in ganz Indien bekannte Politikerin ist, der zudem charismatische Qualitäten von ihren Anhängern zugeschrieben werden. In einer Situation allgemeiner Not und mangelnder Alternativen - von allen indischen Politikern gilt sie immer noch als die fähigste - erscheint Indira Gandhi in ihrer Eigenschaft als charismatischer Führer vielen als "Retter in der Not", dem man es trotz aller bisherigen Enttäuschungen zutraut, die tiefe Krise Indiens zu überwinden. In ihr wird jene Person gesehen, die die verkrusteten Strukturen der Gesellschaft aufbrechen und das Althergebrachte einfach beiseite schieben kann, um etwas grundsätzlich Neues, Besseres zu schaffen.

In allen Bereichen der täglichen Politik wird sie für weitaus fähiger gehalten als ihre Konkurrenten Jagjivan Ram und Charan Singh. Als einzigem Politiker in Indien wird ihr die Fähigkeit zugeschrieben, die sich widerstreitenden Interessen und Konflikte zu zähmen und "Recht und Ordnung" wieder herzustellen, die Inflation unter Kontrolle zu bekommen, die Interessen der Minderheiten zu wahren und sie wirksam gegen Übergriffe zu schützen<sup>29</sup>.

Kurz vor der Wahl, im Dezember 1979, äußerten bei einer großangelegten Um-

Tabelle IV: Repräsentative Umfrage, Dezember 1979: Einschätzung der Politiker durch die Bevölkerung

Frage: Wir möchten Ihre Meinung über einige nationale Politiker erfahren – Halten Sie sie für sehr gut, gut, weder gut noch schlecht, schlecht oder sehr schlecht?

Indira Gandhi						
	sehr gut	gut	weder gut noch schlecht	schlecht	sehr schlecht	weiß nicht
Total (N = 3790)	31 <sup>a</sup>	35	11	7	3	13
Hindu (N = 3208)	31	34	11	7	3	14
Muslims (N = 375)	30	41	10	7	2	10
Harijans (N = 681)	36	40	6	3	1	14
Nicht-Harijans (N = 3098)	30	33	12	9	3	13
Jagjivan Ram						
Total	6	20	17	8	3	46
Hindu	6	21	17	8	3	45
Muslims	3	20	18	11	2	46
Harijans	12	23	10	6	4	45
Nicht-Harijans	4	20	19	9	2	46
Charan Singh						
Total	4	14	16	16	5	45
Hindu	4	13	16	16	6	45
Muslims	3	20	18	12	1	48
Harijans	1	17	12	15	4	51
Nicht-Harijans	4	13	18	16	5	44

a) Angaben in v. H. der Befragten

Quelle: MPOS, No. 292-293, Blue Supplement, S. VIII, X, XII

frage 66 % der Interviewten die Meinung, sie hielten Indira Gandhi für gut bis sehr gut. Lediglich 10 % sahen in ihr eine schlechte bzw. sehr schlechte Politikerin und nur 13 % gaben keine Einschätzung ab. Jagjivan Ram und Charan Singh hingegen wurden nur von 26 bzw. 18 % der Befragten als gute bzw. sehr gute Politiker eingestuft. Daß fast die Hälfte der Befragten nicht in der Lage war, J. Ram und Ch. Singh entsprechend einzustufen, zeigt, daß ein großer Teil der Bevölkerung diese Politiker nicht kennt (s. Tab. IV).

Es ist auffallend, daß Indira Gandhi weit oben in der Gunst der Harijans und Muslims steht: 76 bzw. 71 % attestierten ihr gute bis sehr gute Eigenschaften, während lediglich 35 bzw. 23 % der Befragten diese Jagjivan Ram zubilligen wollten. Für Charan Singh entschieden sich sogar noch weniger Personen (s. Tab. IV). Die Minderheiten selbst sehen also in Indira Gandhi - weit mehr als in den anderen Politikern - ihren Beschützer und Bewahrer ihrer Interessen<sup>30</sup>.

In ganz Indien gibt es keinen anderen Politiker, der eine solche charismatische Ausstrahlung hat wie Indira Gandhi. Jagjivan Ram z. B. wird nur von 14 % der Harijans für fähig gehalten, ihre Interessen zu wahren<sup>31</sup>. Dies, obwohl Ram selbst ein Unberührbarer ist und von vielen als Führer seiner Kastenmitglieder gehalten wurde. Ram konnte den Schutz der Harijans nicht glaubhaft garantieren. Zu sehr hatten die brutalen Übergriffe der Dorfpotentialen in den drei Janata-Jahren zugenommen, ohne daß die Regierung, deren Mitglied Jagjivan Ram war, energisch dagegen vorgegangen wäre. Ebenso entzogen die Muslims den ehemaligen Janatapolitikern ihr Vertrauen, die sich während der Zeit ihrer Regierung einer wachsenden Militanz des hindunationalen Jana-Sangh-Ablegers RSS ausgesetzt fühlten. Sie sahen allein in Indira Gandhi einen ausreichenden Schutz ihres Minderheitenstatus<sup>32</sup>. Das geistige Oberhaupt der indischen Muslims, der Imam der Jama-Masjid-Moschee, Hazrat Abdullah Shah Bukhari, - 1977 ein erklärter Gegner Indira Gandhis - forderte dieses Mal seine Gläubigen auf, ihre Stimmen den Congress-I-Kandidaten zu geben. Er habe, so versicherte er, schriftliche Garantien von Indira Gandhi erhalten, die eine Wiederholung der Notstandsexzesse ausschließen.

Man muß sich die reale Lebenssituation der Armen auf dem Lande vorstellen, um verstehen zu können, warum die Armen und Unterdrückten in Indira Gandhi ihre Zukunftshoffnung sehen. Ein beredtes Zeugnis davon legen die Gedanken einer alten Frau ab, die in einer längeren Passage wiedergegeben werden sollen<sup>33</sup>:

Auf der Fahrt von Hyderabad nach Nalgonda in einem Regierungsjeep im Mai des vergangenen Jahres trafen wir (ein Dorfplanungsteam der Gandhi Peace Foundation, New Delhi) eine alte Frau, die am Straßenrand Kuhdung sammelte.

Zwei Tage zuvor waren Hunderte von Dörfern an der Südostküste Indiens durch

eine Sturmflut verwüstet worden, die gleichzeitig auf dem Hochland von Deccan den Ausbruch einer Kältewelle nach sich zog. Es herrschte ein beißender Wind.

Die alte Frau versuchte vergeblich, sich mit ihrem dünnen verschlissenen Sari vor der Kälte zu schützen. Wir erfuhren, daß sie zwei Söhne hat, die als Schuldknechte bei einem Großgrundbesitzer, einem Landespolitiker, arbeiteten. Sie verdient durch den Verkauf von Kuhdungfladen als Brennstoff etwa eine Rupie pro Tag (ca. 25 Pfennige).

Sie sagte uns, daß der Großgrundbesitzer zwei acres Land, das den einzigen Familienbesitz dargestellt hatte, beschlagnahmt und ihre Söhne gezwungen hatte, sich als Schuldklaven in seine Gewalt zu geben, weil die Familie einen Kredit von zehn Zentnern Reis für den Lebensunterhalt bei ihm aufgenommen hatte.

"Diese Menschen sind Dämonen, sie sind Blutsauger. Sie pressen uns hier aus und nehmen das Geld in die Stadt und bauen dort große Paläste für ihre Söhne und Töchter. Unser Leben ist gekennzeichnet durch Ausweglosigkeit und langsamen Tod. Ich habe nur noch wenig Zeit zu leben. Meinen Söhnen habe ich gesagt, sie sollen vor diesen Raubtieren fliehen, in die Wälder gehen, mit den Naxaliten zusammenarbeiten, Schreiben und Lesen lernen und wenn nötig, zu den Waffengreifen. Wenn sie keine Kraft haben, das zu tun, dann sollen sie einen würdigen Tod sterben und Selbstmord begehen."

Ich fragte, wer diese Leute seien, von denen sie so drangsaliert und ausgebeutet würden.

Sie sagte: "Es sind keine Leute, es ist ein Tier-Mensch. Er hat verschiedene Gesichter. Er ist Großgrundbesitzer, Dorfbürgermeister, Kreistagsvorsitzender, unser Vertreter im Landtag und Frauenschänder. Er besitzt das Land. Das ist seine Macht. Er nennt sich 'politischer Führer'."

Ich fragte sie, wem sie bei den nächsten Wahlen ihre Stimme geben würde.

Sie sagte: "Indira Gandhi."

Warum?

"Weil sie weit weg ist, in Delhi, und uns nicht hier in diesem Wahlkreis unmittelbar unterdrücken kann. Weil sie verspricht, unsere Lebensbedingungen zu ändern."

Wir warfen ein, daß der Politiker, der diese Region terrorisiere, der Indira-Gandhi-Partei angehöre.

"Nein, wir geben nicht ihrer Partei die Stimme, wir geben sie 'Indiramma' (Mutter Indira). Wir geben unsere Stimme ihrem Wahlsymbol, der beschützenden Hand."

Das Bild, das diese alte Frau von ihrer eigenen Lebenssituation zeichnet, ihre rebellische Grundhaltung, ihr Vermögen, die Ausbeutungsstrukturen zu durchschauen, aber auch gleichzeitig ihre Illusion über 'Indiramma', aus der sie Hoffnung schöpft, spiegelt die Stimmung bei einem großen Teil der Dorfarmen wider. Sie vertrauen auf die Mutter Indira, in der Hoffnung, daß sie ihr Tag für Tag durchlebtes Elend mildern werde. Und daß diese Armen Indira Gandhi als ihre Hoffnung und Beschützerin sehen, entbehrt auch nicht einer gewissen realen Grundlage.

So kann Indira auf eine Partei bauen, die geschlossen hinter ihr steht. Eine Selbstzerfleischung, wie von der Janata-Regierung demonstriert, ist beim Indira-Congress ausgeschlossen. Dazu ist diese Partei zu wenig in Fraktionen gespalten und zu stark auf die autoritäre Führerpersönlichkeit Indira Gandhi ausgerichtet. Die Partei ist ihr Verwaltungsstab, dessen zentrale Posten mit von ihr persönlich ausgesuchten, treu ergebenden Gefolgsleuten besetzt sind. Bedingungslose Treue zu Indira, die sich vor allem in schlechten Zeiten erweisen muß, wird belohnt, kritische Distanz oder sogar offene Kritik an ihrem Verhalten wird geahndet – im äußersten Fall durch Ausschluß aus der Partei, wie es z. B. Brahmananda Reddy oder Devaraj Urs widerfuhr.

Mit einem solchen Parteiapparat im Rücken und aufgrund ihrer nationalen, gesamtindischen Orientierung kann Indira Gandhi sich über Partikularinteressen eher hinwegsetzen als die anderen, nur regional verankerten Politiker und Parteien und eine konsistentere Politik durchsetzen.

Diese ist im Sinne der herrschenden gesellschaftlichen Logik zwar "effektiver", weist aber nach wie vor einen eindeutigen Klassencharakter auf. Um diesen möglichst zu verschleiern und sich gleichzeitig als Charismatiker in praxi zu bewähren, greift Indira Gandhi zu einer Politik mit starken populistischen Zügen<sup>34</sup>, die sich in spektakulären innen- und außenpolitischen Aktionen äußert: Punktuelleres, drastisches Vorgehen gegen Schwarzmarkthändler; großangelegte Razzien in den Wohnungen reicher Geschäftsleute, die der Steuerhinterziehung verdächtigt werden; der Krieg mit Pakistan im Jahre 1971, der sie als strahlende Siegerin erscheinen ließ; demonstrative Besuche in Katastrophengebieten und anderen Stätten des Unglücks, um ihre Verbundenheit mit den Opfern zu bekunden; etc. etc. Ergänzend tritt eine radikal-sozialistische Rhetorik hinzu, die unermüdlich das Elend der Massen in großen Worten schildert und radikal abzuschaffen verspricht, die die Reichen im In- und Ausland als die eigentlich Bösen bezeichnet, und die ein Bekenntnis zu Demokratie und Säkularismus ablegen soll. Solche groß in Szene gesetzten, publikumswirksamen Maßnahmen erlauben es Frau Gandhi dann auch, sich als natürliche Verbündete der Armen und Machtlosen auszugeben und diese für eine Politik zu gewinnen, die nicht die ihrige ist.

Indira Gandhis Selbsteinschätzung verrät, daß sie sich dazu berufen fühlt, die indische Nation zu regieren. Ihr Sendungsbewußtsein wird offensichtlich, wenn

sie sagt: "Selbst heute ist Politik für mich nicht etwa ein Mittel, Karriere zu machen . . . . Es gibt Zeiten im Leben einer Nation, wo man sich einfach engagieren muß - ich habe nichts anderes gelernt und erfahren, und ich weiß, daß Indiens Zukunft mein Schicksal und, wenn es mein Schicksal will, meine Aufgabe ist . . . . Das Amt bedeutet mir nichts, die Aufgabe, Indien zu dienen, aber alles."<sup>35</sup>

Bei einer solchen Einschätzung des eigenen Tuns liegt nichts näher, als von den Beherrschten den Gehorsam zu fordern. Wir sollten uns auch daran erinnern, daß sie wenige Tage vor der Ausrufung des Ausnahmezustandes angesichts des drohenden Machtverlustes verkündete: "Doch auch, wenn man mich erledigt, wenn man mich auslöscht, zweifle ich nicht, daß das Volk dieses Landes meine Programme weiterführen wird."<sup>36</sup> Diese Identifikation von Person, Volk und Nation hatte der damalige Präsident des Congress, D. K. Barooah, auf die klassische Formel gebracht: "Indien ist Indira, und Indira ist Indien."<sup>37</sup>

Allein, Indira Gandhi fordert nicht nur Gehorsam, sondern sie findet ihn auch bei einem Teil der Bevölkerung, zu dem vornehmlich die Armen gehören. Wie ist dies zu erklären?

Grundsätzlich müssen wir davon ausgehen, daß keine Form von Herrschaft - nicht einmal die grausamste Unterdrückung - auf reinem Zwang und unmittelbarem Massenbetrug beruht. Herrschaft schließt vielmehr stets ein Stück zwangloser, also: freiwilliger Gefolgschaft der Beherrschten mit ein.

So schreibt Georg Simmel: "Für die Analyse des gesellschaftlichen Daseins ist es angesichts der ungeheuren Rolle der Über- und Unterordnungs-Verhältnisse von der größten Wichtigkeit, sich über solche Spontaneität und Mitwirksamkeit des untergeordneten Subjekts gegenüber ihrer vielfachen Verschleierung in der oberflächlichen Vorstellungsweise klar zu werden. Was man zum Beispiel 'Autorität' nennt, setzt in höherem Maße, als man anzuerkennen pflegt, eine Freiheit des der Autorität Unterworfenen voraus, sie ist selbst, wo sie diesen zu 'erdrücken' scheint, nicht auf einen Zwang und ein bloßes Sich-Fügen-Müssen gestellt."<sup>38</sup>

Die Freiheit des Anderen besteht in einem Akt der Zuschreibung: Jemand wird von anderen als überlegen anerkannt. In ihren Augen verfügt er über besondere Fähigkeiten, eine Art Mehrwert, die ihn aus der Masse der Anderen um ein - wenn auch noch so kleines - Stück herausragen lassen. Seine Autorität, d. h. sein Vermögen, auf andere Personen auch ohne Anwendung direkten Zwangs einzuwirken, also: autoritative Macht auszuüben, beruht auf dem freiwilligen Glauben der Unterlegenen; ihre Entstehung "ist ein soziologisches Ereignis, das die spontane Mitwirkung auch des untergeordneten Elements erfordert"<sup>39</sup>.

So auch bei der charismatischen Herrschaft in ihren vielfältigen, veralltäglichten Formen. Sie ist nie eine eingleisige Beziehung im Sinne eines ein-

seitigen Oben-Unten-Verhältnisses, sondern immer eine wechselseitige: Zum einen schreiben die Beherrschten dem Führer außergewöhnliche Qualitäten zu, die er durch entsprechende Taten unter Beweis zu stellen hat, zum anderen verfügt er über eine charismatische Autorität, die es ihm erlaubt, bei den Beherrschten Gehorsam zu fordern und zu finden.

In dem Wechselverhältnis von zugeschriebenen Fähigkeiten (Charisma) und ihrer Bewährung mittels einer populistischen Politik dürfte die Erklärung für das Phänomen Indira Gandhi liegen. Gleichwohl wäre es allzu voreilig, den Schluß ziehen zu wollen, Indira Gandhi verfüge über charismatische Autorität, bzw. übe autoritative Macht aus, weil sie in einer Situation der Not von der Gefolgschaft als überlegen, mit außeralltäglichen Fähigkeiten ausgestattet, anerkannt wird. Denn die Tatsache, daß jemand von anderen als überlegen anerkannt wird, erklärt noch lange nicht, daß der so Anerkannte gleichsam automatisch auch auf die ihn Anerkennenden einwirken kann<sup>40</sup>. Zu fragen wäre vielmehr nach den Beweggründen jener Personen, die andere als überlegen anerkennen.

Wir haben gesehen, daß die an eine charismatische Person gebundene Macht nicht von unendlicher Dauer ist, sondern auf der fortwährenden Legitimation durch entsprechende Taten ihrer selbst beruht.

Auch Indira Gandhi muß sich in den Augen ihrer Anhänger immer wieder aufs Neue bewähren. Von entscheidender Bedeutung ist nun, daß diese Bewährungs- gleichzeitige Anerkennungsverfahren der Untergeordneten sind. Sie verlaufen von oben nach unten, wie im anderen Fall von unten nach oben. Beide ergänzen sich zu einem Gesamtprozeß: Die Anerkennenden wollen vom so Anerkannten ebenso anerkannt werden, d. h. derjenige, der von anderen als überlegen anerkannt wird, erhält diese Anerkennung, weil die anderen von ihm anerkannt werden wollen. Es ist ein Streben nach Anerkennung durch die Autorität; daher auch das Angewiesensein auf diese Autorität, das verhindert, daß ein Autoritätsverhältnis einfach aufgekündigt wird, sobald es un- bequem geworden ist. Denn das Selbstwertgefühl der Untergeordneten ist aufs engste damit verknüpft. Ein Charismatiker findet also Gehorsam aufgrund der "Chance, andere vor die Alternative zu stellen, sich entweder zu fügen oder eine Minderung der erstrebten Anerkennung - und damit eine Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls - in Kauf zu nehmen. Wer autoritative Wirkungen auf andere ausübt, hat sie am Strick dieser verinnerlichten Alternative."<sup>41</sup>

Mit anderen Worten: Die Anerkennung der Überlegenheit Indira Gandhis durch die Armen ist mit ihrem Bedürfnis nach Anerkennung, das für jeden Menschen konstitutiv ist, aufs engste verknüpft. Sie erhalten ihre Anerkennung, die ihnen sonst kaum zuteil wird, durch die charismatische Autorität Indira Gandhis, der sie sich unterordnen.



Das Charisma Indira Gandhis und das Streben nach Anerkennung ihrer Anhänger dürften auch die Hauptgründe dafür sein, daß die Exzesse während des Ausnahmezustandes (1975 bis 1977) in wesentlich geringerem Maß ihr angelastet werden als den anderen Politikern. Ihre Gefolgschaft zieht hier einen Trennungsstrich zwischen ihr und ihrer Regierungsmannschaft sowie anderen Congress-Funktionären. So entschuldigen viele nachträglich die Zeit der Notstandsregierung, weil nicht Indira Gandhi, sondern die ohne ihr Wissen handelnden Mitarbeiter die Exzesse verschuldet hätten. Eine Congresspartei ohne Indira Gandhi hätte daher mit Sicherheit nicht so einfach den Weg zurück zur Macht gefunden. In diesem Sinne ist Indira Gandhi die Congresspartei und die Congresspartei Indira Gandhi.

### 3. ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Aber dennoch ist die charismatische Herrschaft - auch in der reduzierten Form, wie wir sie in Indien antreffen - wegen des ihr immanenten Zwangs zur Bewährung tendenziell labil. Auch der Entzug von Anerkennung durch den Charismatiker selbst stellt kein andauerndes, immer und ewig wirksames Sanktionsmittel dar. Dies ist in der Natur charismatisch-populistischer Politik selbst begründet. Sie ist Ausdruck tiefer, ungelöster gesellschaftlicher Krisen, die sich nicht durch spektakuläre Einzelaktionen und eine dauernde Radikalrhetorik beheben lassen. Allein, populistische Politik ist nicht nur von verschleiern, rhetorischem Wert, sondern sie ist - wenn auch unbeabsichtigt - zugleich ein Mittel, das den Prozeß der Bewußtwerdung und Politisierung der Beherrschten vorantreibt. Die dauernde Verbalradikalität im Verein mit gelegentlichen Aktionen weist den Beherrschten eine gesellschaftliche Stellung zu, die sie in dieser Deutlichkeit bislang nicht kannten: Ihnen wird vorgeführt, daß ihre bisher nur diffus formulierten Forderungen, Wünsche und Hoffnungen durchaus realistisch sind und von der Regierung wahrgenommen und offiziell akzeptiert werden. In einem langwierigen und schmerzhaften Prozeß der Bewußtwerdung erkennen die Armen und Abhängigen, daß auch sie im gesellschaftlichen System Forderungen zu stellen, sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung aufzulehnen haben und als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt werden müssen.

Je stärker die Forderungen der Beherrschten, desto radikaler die populistische Propaganda der Regierung, desto spektakulärer ihre Einzelaktionen. Die großen sozialen Probleme können jedoch auf diese Art und Weise nicht grundsätzlich gelöst werden. Es ergibt sich ein wachsender Gegensatz von Wort und Tat, der in einer Legitimationskrise der gesamten Gesellschaft mündet.

Bisher konnte keine Regierung Indiens diesen Gegensatz im bestehenden gesellschaftlichen Rahmen aufheben oder auch nur mildern; dazu sind die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse (noch) zu stark auf die alteingesessenen Eliten und deren Interessen hin ausgerichtet.

Sicher, die soziale Basis des Congress-I als der Partei der machtvollen ländlichen und städtischen Reichen und der vielen, aber machtlosen Armen läßt eine rücksichtslose Politik der einseitigen Privilegiensicherung nicht zu, da keine der dominanten Gruppen über die absolute Macht im Staat verfügt. Ein eingebauter Koalitionszwang der Dominanten und eine entsprechende, widersprüchliche Politik des Hinhaltens und Taktierens, die zudem mit einer linksradikalen Ideologie garniert wird, ist daher das hervorstechendste Merkmal des politischen Systems Indiens.

Ein anschauliches Dokument dieser Politik ist das 20-Punkte-Programm, das von Indira Gandhi als politischer Leitfaden zum Aufbau eines "Socialist Pattern of Society" wiederbelebt worden ist<sup>42</sup>. Dieses Programm ist ebenso alt wie es neu ist. Durch einprägsame, radikal klingende Forderungen, die in ihrer Allgemeinheit jedem Bürger etwas zu bieten haben, sollen gesellschaftliche Konflikte verdeckt und die Unterstützung der Bevölkerung jenseits von Kasten-/Klassen-Schranken herbeigeführt werden. Es beinhaltet im Kern all jene Forderungen, die schon seit der Unabhängigkeit Bestandteil der Congress-Politik sind. Das uniforme Muster dieser Politik zeichnet sich dadurch aus, daß zum wiederholten Male zwar Reformen angekündigt werden, die ungleichen gesellschaftlichen Strukturen jedoch weitgehend unangetastet bleiben. Es besteht daher wenig Grund zu der Hoffnung, daß die Armen bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in Zukunft mehr berücksichtigt werden. Der Congress-I, der in gutem Kontakt mit den Großindustriellen steht, tritt für die Fortsetzung des eingeschlagenen kapitalintensiven, staatskapitalistischen Entwicklungsweges ein, der nach offizieller Lesart den "Socialist Pattern of Society" herbeiführen soll, real jedoch bisher nur wenig zur Linderung des Massenelends beigetragen hat<sup>43</sup>.

Indira Gandhi und ihre Gefolgsleute wissen sehr wohl, daß ihre Herrschaft auf tönernen Füßen ruht. Daher versuchen sie, mit autoritären Mitteln ihre Herrschaft zu sichern. Ihre Politik knüpft dort an, wo sie 1977 unterbrochen wurde - wie einige wenige Hinweise zeigen mögen.

Genau 34 Tage nach ihrem Amtsantritt ließ Indira Gandhi neun oppositionelle Länderregierungen absetzen und unter die sogenannte President's Rule stellen. Bei den Landesregierungen von Haryana und Karnataka erübrigte sich dieser Schritt, da beide kurz nach der Wahl geschlossen zum Congress-I übergelaufen waren.

Die Landtagswahlen Ende Mai 1980 haben dann das Ergebnis der Wahlen vom Januar '80 bestätigt. Von Tamil Nadu abgesehen - hier gewann die AIADMK

die absolute Mehrheit<sup>44</sup> - errang der Congress-I überall einen haushohen Sieg: In Bihar (zusammen mit der Jharkhand Mukti Morcha) und im Punjab verfügt er über die absolute Mehrheit, in Maharashtra verfehlte er nur knapp die Zweidrittel-Mehrheit und in den restlichen Staaten Uttar Pradesh, Rajasthan, Gujarat, Madhya Pradesh und Orissa konnte er mehr als 2/3 aller Parlamentssitze auf sich vereinigen. Besonders in Orissa fiel der Sieg extrem hoch aus, da über 80 % der Mandate an den Congress-I gingen (117 von 146 Sitzen)<sup>45</sup>.

Somit hat der Congress-I - außer in den Staaten Tamil Nadu, Kerala, Tripura und West-Bengalen - alle Landesregierungen unter seine Kontrolle bekommen. Es bleibt abzuwarten, ob die von der CPI(M) geführte Regierung in West-Bengalen dem starken Druck aus Delhi standhalten kann.

Eine wirkliche Opposition, die den autoritativen Tendenzen Einhalt gebieten könnte, ist vorläufig nicht in Sicht. Ihr desolater Zustand tritt deutlich zutage: Die ehemalige Janata Party hat viele ihrer Mitglieder an den Congress-I verloren und sich mehr oder weniger in ihre alten Bestandteile aufgelöst.

Das Parlament in Delhi hat seine Funktion als Kontrollorgan weitgehend verloren, da Frau Gandhi mit ihrer Zweidrittel-Mehrheit alle Gesetze und Verfassungsänderungen mühelos durchsetzen kann. Keine der anderen Parteien ist als offizielle Opposition anerkannt. Auch in der Rajya Sabha (Oberhaus) ist der Congress-I in der Mehrheit. Selbst die Justiz hat sich den neuen Verhältnissen rasch angepaßt und alle anhängenden Verfahren gegen Indira Gandhi, ihren Sohn Sanjay, aber auch gegen enge Vertraute wie Bansi Lal und V. C. Shukla sukzessive eingestellt<sup>46</sup>.

Die staatliche Willkür erfuhr durch ein Dekret zur nationalen Sicherheit ("National Security Ordinance 1980") ihre juristische Absicherung<sup>47</sup>. Damit erhält die Regierung weitgehende Vollmachten zur Inhaftierung von Personen, gegen die der bloße Verdacht vorliegt, daß sie eine Gefahr für die "Staatsicherheit", die "öffentliche Ordnung" oder für die "Aufrechterhaltung der Versorgung mit wichtigen Gütern und Dienstleistungen" darstellen. Bis zu einem Jahr können solche Personen in Sicherungsverwahrung genommen werden; die Einspruchsmöglichkeiten der Betroffenen sind de facto gering.

Eine Analogie zu den 1975 erfolgten Maßnahmen, die schließlich im Ausnahmezustand endeten, ist unverkennbar. Schon heute sitzen fast 90 000 Personen in Untersuchungshaft, die oft länger ist als das später qua Gerichtsurteil festgelegte Strafmaß<sup>48</sup>.

Über all diesem steht das Bemühen Indira Gandhis, die Herrschaft der Nehru-Familie auch über ihren Tod hinaus personell abzusichern. Das Nachfolgeproblem versucht sie auf klassische Art zu lösen: durch persönliche Designation. Nachdem ihr Sohn Sanjay, den sie ursprünglich als ihren Nachfolger

erkoren hatte, bei einem Flugzeugabsturz im Juni 1980 ums Leben kam, baut sie jetzt ihren älteren Sohn Rajiv als "Thronfolger" auf. Dabei spielen besondere politische Qualifikationen nur eine geringe Rolle. Rajiv Gandhi war bislang Pilot bei Indian Airlines und trat politisch nicht in Erscheinung. Nach anfänglichem Zögern ist er nun dem Ruf seiner Mutter gefolgt und als frisch gewählter Lok-Sabha-Abgeordneter in die offizielle Politik eingetreten<sup>49</sup>.

Dennoch gilt auch für Indien die allgemeine Erkenntnis, daß mit autoritären Methoden, die nur der eigenen Machterhaltung dienen, gesellschaftliche Krisen sich nicht dauerhaft bewältigen lassen – seien es die heftigen Unruhen in Assam und in den anderen Bundesstaaten Nordostindiens, seien es die wachsenden Schwierigkeiten einer kopflastigen Wirtschaft, die nicht in der Lage ist, die ständig steigende Zahl der Arbeitskräfte aufzufangen<sup>50</sup>, oder seien es die ungelösten sozialen Probleme einer sich nach und nach kapitalisierenden Landwirtschaft, die zwar genügend Nahrungsmittel für das 683,8 Millionen-Volk<sup>51</sup> produziert, aber viele Landbewohner ohne Land und Auskommen läßt. Die zunehmende Polarisierung und Politisierung der Bevölkerung scheint mit den bisher angewandten Methoden nicht mehr aufzufangen zu sein. Die Fronten werden sich sowohl bei den Herrschenden als auch bei den Beherrschten verhärten und die Konflikte an Intensität zunehmen.

Vielerorts ist der Widerstand noch spontan und unorganisiert und kann daher noch mit nackter Gewalt unterdrückt werden. Doch die Bewußtwerdung der Armen und die horizontale Mobilisierung und Organisation entlang der Klassenlinien sind in Gang gekommen<sup>52</sup>. Die Zeit der Friedhofsruhe, wo die Armen widerspruchslos das nahmen, was ihnen die Reichen gaben, dürfte in Indien endgültig vorbei sein.

Indira Gandhi hat zwar eine Wahl gewonnen, den Kampf gegen die Armut aber nicht.

#### Anmerkungen:

- 1) Jürgenmeyer 1981, S. 19/22 (Tabelle II + III)
- 2) India. A Reference Annual 1976, S. 10, 105. Die Angaben beruhen auf dem Census 1971.
- 3) Jürgenmeyer 1981, S. 23 ff.
- 4) Weiner 1978, S. 35 ff.; MPOS, No. 292-293, S. 11/12 sowie MCOIEC, No. 245, S. 44/45; eine detaillierte Analyse liefert Wright 1977.
- 5) Jürgenmeyer 1981, S. 23 ff.

- 6) Mirchandani 1980, S. 135.
- 7) Der Stimmengewinn des Congress-I betrug landesweit 19,2 Mio. Stimmen, in den SC/ST-Wahlkreisen 4,5 Mio.
- 8) Mirchandani 1980, S. 135/136.
- 9) Jürgenmeyer 1981, S. 19 (Tabelle II).
- 10) Siehe Jürgenmeyer 1981, S. 28/29 (Tabelle IV) und Rudolph/Rudolph 1980, S. 582/83 sowie 1981, S. 815 f. Der Congress-I gewann in Uttar Pradesh 8 Sitze, die alle durch relative Mehrheiten von 35 % bis 45 % der Stimmen zustande kamen. In allen Fällen lag der Stimmenanteil von Janata und Lok Dal darüber.
- 11) *ibid.*
- 12) Mit Janata sind alle Parteien gemeint, die 1977 die Janata bildeten. Der durchschnittliche Stimmenanteil von Lok Dal/Janata in den ST-Wahlkreisen sank von 61 % auf 34 % ab! Siehe Rudolph/Rudolph 1980, S. 584/85, die sich für das Jahr 1980 auf Mirchandani 1980 (s. S. 134–136) berufen; ihre Angaben weisen jedoch Abweichungen auf.
- 13) Rudolph/Rudolph 1981, S. 818.
- 14) Mirchandani 1980, S. 133/134. Siehe dazu sehr detailliert: Rudolph/Rudolph 1981, S. 816/817.
- 15) Mirchandani 1980, S. 134.
- 16) So Rudolph/Rudolph 1980, S. 582 ff. und 1981 S. 815 ff. . Weiner/Field 1975 notieren hingegen: "There is little evidence of bloc voting among India's tribes." (S. 117)
- 17) MPOS, No. 292/293, S. 3.
- 18) MCOIEC, No. 245, S. 43.
- 19) *ibid.* ; die Zahl der 'don't know' betrug 254.
- 20) FEER 1980, S. 182.
- 21) Diese Größe ergibt sich aus den Statistiken des MPOS, No. 292/293, S. 8 und 12.
- 22) Dazu: Kantowsky 1972 sowie Mitra 1979.
- 23) Weber 1973, S. 159.
- 24) Weber 1972, S. 654.
- 25) *ibid.* , S. 656.
- 26) Weber 1973, S. 161.

- 27) *ibid.* , S. 160.
- 28) Für Weber ist der Idealtypus keine Darstellung des Wirklichen, sondern eine begrifflich geschärfte Konstruktion, mittels derer in einem vergleichenden Verfahren die vielfältigen empirischen Erscheinungen möglichst eindeutig beschrieben und so in ihrer 'Kulturbedeutung' verstanden und ursächlich erklärt werden sollen. Mithin ist der Idealtypus ein reines Erkenntnismittel. Siehe Weber 1973, S. 234 ff. sowie Mommsen 1974.
- 29) Siehe dazu die detaillierten Umfrageergebnisse des Indian Institute of Public Opinion, in: MPOS, No. 292/293, Blue Supplement, S. XIII-XXIV.
- 30) Dazu im einzelnen: *ibid.* , S. XVII-XX.
- 31) *ibid.* , S. XVIII. Für Charan Singh entschieden sich sogar nur 2 %.
- 32) Befragt, welcher Politiker am besten ihre Interessen wahren könnte, entschieden sich 42 % der Muslims für Indira Gandhi, aber nur 4 % bzw. 3 % für Charan Singh und Jagjivan Ram. Siehe *ibid.* , S. XX.
- 33) zit. nach Marla 1980, S. 4/5.
- 34) Zum Begriff des Populismus siehe Werz 1980, S. 124-127. Die dort aufgeführten, aus der Situation Lateinamerikas abgeleiteten Merkmale treffen ebenso für Indien zu. Der Begriff Populismus wird auch von Dias 1976 verwendet.
- 35) Soziale Gerechtigkeit für Indien. Ministerpräsidentin Indira Gandhi im Gespräch mit Gisela Bonn, in: Indo Asia, Vol. XXII (1980), S. 30/34.
- 36) NZZ, 21. 6. 1975.
- 37) NZZ, 19. 6. 1975.
- 38) Simmel 1958, S. 102.
- 39) *ibid.* , S. 103.
- 40) Popitz hat diese Kausalverbindung "um eine gebrauchsfertige Formel zu wählen, die klassische Unterstellung der Autoritätstheorie" genannt. Siehe Popitz 1975, III, S. 6.
- 41) *ibid.* , S. 6/7.
- 42) NfA, 16. 1. 1980. Ursprünglich war es am 1. 7. 1975, zu Beginn des Ausnahmezustandes, verkündet worden.
- 43) Der neue Wirtschaftsplan, der den alten der Janata-Regierung ablösen soll, forciert eine wachstumsorientierte, kapitalintensive Industrialisierungspolitik nach altbekanntem Muster. Siehe: FEER, 3. 10. 80, S. 46 ff.; HTO, 26. 2. 81; NfA, 4. 9. 80.

- 44) Siehe Hellmann 1981.
- 45) Zu den Ergebnissen im einzelnen siehe: MPOS, No. 296/297, S. I-XIV. Anzumerken ist, daß der Congress-I vor den Wahlen nur 382 der insgesamt 2 237 Sitze in den Länderparlamenten inne hatte. Hindustan Times (Overseas), 12. 6. 80.
- 46) Asian Recorder, 10.-16. Juni 1980, S. 15496 f.
- 47) Der Wortlaut des Textes ist wiedergegeben in: Economic Times, 24. 9. 1980.
- 48) STW, 27. 9. 80.
- 49) NZZ, 14. 5. 81; STW, 16. 5. 81 und 20. 6. 81. Rajiv Gandhi kandidierte im Wahlkreis seines verstorbenen Bruders, Amethi (U. P.), und gewann die Wahl souverän.
- 50) Pro Jahr kommen nach offiziellen Angaben des 6. Fünfjahresplanes sechs Millionen neue Arbeitskräfte hinzu! Siehe The Plan 1978, S. 32.
- 51) So das Ergebnis der jüngsten Volkszählung im Jahre 1981. Siehe: FR vom 14. 4. 81.
- 52) So F. Frankel in der International Herald Tribune vom 21. 12. 1979 und Peiris 1980, S. 34 ff., auch in FEER, 12. 1. 1979, S. 59.

### Bibliographie:

#### 1) Zeitungen

Neue Zürcher Zeitung (NZZ)  
 Nachrichten für Außenhandel (NfA)  
 Frankfurter Rundschau (FR)  
 The Statesman Weekly (STW)  
 Hindustan Times (Overseas) (HTO)  
 Economic Times  
 International Herald Tribune

#### 2) Zeitschriften

Far Eastern Economic Review (FEER)  
 Economic and Political Weekly (EPW)  
 Asian Recorder  
 Monthly Commentary on Indian Economic Conditions (MCOIEC), hrsg. vom  
 Indian Institute of Public Opinion, Delhi, Vol. XXI (1979), No. 5 (245),  
 Annual Number 1979.

**Monthly Public Opinion Surveys (MPOS)**, hrsg. vom Indian Institute of Public Opinion, Delhi, Vol. XXV (1980), No. 4/5 (292-3); Vol. XXV (1980), No. 8/9 (296-7)

### 3) Bücher, Artikel

**Dias, P. V. :** Indien: Populistischer Sozialismus und blockabhängige Neutralitätspolitik. In: Röhrich, W., Gesellschaftssysteme und internationale Politik. Sozialökonomische Grundrisse. Stuttgart: Kohlhammer 1976, S. 99-114

**Far Eastern Economic Review: Asia 1980 Yearbook.** Hongkong 1980

**Government of India, Ministry of Information and Broadcasting (Hrsg.): India. A Reference Annual.** 1976, New Delhi: Publications Division 1976

**Hellmann, D. :** Politische Individualität in Tamilnadu. Ein Bericht über die Wahlen zur Legislative Assembly. In: Internationales Asienforum, Vol. 12 (1981), No. 1, S. 45-49

**Jürgenmeyer, C. :** Die 7. Parlamentswahlen in Indien (I): Ein triumphaler Sieg Indira Gandhis? In: Internationales Asienforum, Vol. XII (1981), No. 1, S. 5-44

**Kantowsky, D. :** Einfluß, Macht und Wahlkampf in einem Dorf des östlichen Uttar Pradesh. In: idem, Indien. Gesellschaftsstruktur und Politik. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1972, S. 90-104

**Marla, S. :** Politik der Illusion. In: Indien Information, Februar 1980, S. 4-12 (hrsg. von der Gandhi Friedensgesellschaft e. V., Heidelberg)

**Mirchandani, G.G. :** The People's Verdict. DCM Computer-based Study. New Delhi: Vikas Publishing House 1980

**Mitra, S. K. :** Ballot Box and Local Power: Elections in an Indian Village. In: The Journal of Commonwealth and Comparative Politics, Vol. XVII (1979), No. 3, p. 283-299

**Mommsen, W. :** "Verstehen" und "Idealtypus". Zur Methodologie einer historischen Sozialwissenschaft. In: idem, Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte. Frankfurt: Suhrkamp 1974, S. 208-232

**Peiris, D. :** India: Threats to Stability. In: Asian Affairs, Vol. XI (1980), No. 1, S. 27-36

**The Plan. Selected Passages from the Text of the Draft Plan for 1978-83** published by the Indian Planning Commission. In: International Development Review, Vol. XX (1978), Nr. 3/4, S. 24-42



- Popitz, H. : Überlegungen zur Theorie der Autorität, Teil I-III, unveröffentlichtes Manuskript, Freiburg 1975
- Rudolph, S.H./Rudolph, L.I. : The Centrist Future of Indian Politics. In: Asian Survey, Vol. XX (1980), No. 6, S. 575-594
- Rudolph, L.I./Rudolph, S.H. : Transformation of Congress Party. Why 1980 Was Not a Restauration. In: EPW, Vol. XVI (1981), No. 18, S. 811-818
- Simmel, G. : Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin: Duncker + Humblot 1958<sup>4</sup> (unveränderter Nachdruck der 1923 erschienenen 3. Auflage)
- Weber, M. : Wirtschaft und Gesellschaft. Grundrisse der verstehenden Soziologie. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) 1972 (= fünfte, revidierte Auflage, besorgt von Johannes Winckelmann)
- Weber, M. : Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft. In: idem., Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen, Politik, herausgegeben und erläutert von Johannes Winckelmann. Stuttgart: Kröner 1973<sup>5</sup>, S. 151-166
- Weber, M. : Die "Objektivität" sozialwissenschaftlicher Erkenntnis. In: ibid., S. 186-262
- Werz, N. : Lateinamerika: Das Erbe der Caudillos und die Systemkrise der Gegenwart. In: Illy/Sielaff/Werz, Diktatur - Staatsmodell für die Dritte Welt? Freiburg: Ploetz 1980, S. 109-175
- Weiner, M. : India at the Polls. The Parliamentary Elections of 1977. Washington, D. C. : American Enterprise Institute for Public Policy Research, 1978
- Weiner, M./Field, J.O. : How Tribal Constituencies in India Vote. In: Studies in Electoral Politics in the Indian States, Vol. II (Three Disadvantaged Sectors). Delhi: Manohar 1975, S. 78-164
- Wright, T.P. : Muslims and the 1977 Indian Elections: A Watershed? In: Asian Survey, Vol. XVII (1977), S. 1207-1220